Stand: 07.12.2025 11:36:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/58

"Anhörung zur Zukunft des "Bayerischen Weges" im Trinkwasserschutz"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/58 vom 30.11.2023
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/224 des UV vom 07.12.2023
- 3. Beschluss des Plenums 19/332 vom 30.01.2024
- 4. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 30.01.2024



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

30.11.2023

Drucksache 19/58

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anhörung zur Zukunft des "Bayerischen Weges" im Trinkwasserschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz führt eine öffentliche Expertinnenund Expertenanhörung zum Thema Zukunft des "Bayerischen Weges" im Trinkwasserschutz durch.

Gegenstand der Anhörung ist eine Auseinandersetzung des Landtags mit dem Bericht des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz "Wasserknappheit begegnen – auch zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft" (zum Beschluss auf Drs. 18/29578). Darin wird aufgrund des Klimawandels für die Strategie Wasserzukunft Bayern 2050 eine erhebliche Steigerung der personellen und finanziellen Ressourcen angemahnt.

Dabei soll der Schwerpunkt auf den Trinkwasserschutz gelegt werden und insbesondere die Fragen des konsequenten Schutzes der Wasserqualität, der Beschleunigung und Erweiterung von Wasserschutzgebieten (samt der Verbesserung der rechtlichen Absicherung und administrativer Veränderungen bei der Ausweisung von Wasserschutzgebieten), die Sicherheit von Trinkwasserversorgungen, Beschränkungen von Nutzungen bei knappen Trinkwasserressourcen, die Kosten und die Umsetzbarkeit neuer Fernwasserleitungen sowie die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen gelegt werden.

Begründung:

Im Rahmen des Umweltpaktes Bayern anlässlich des "3. Wassergipfels" am 03.05.2006 wurde beschlossen, Wasserschutzgebiete im Wesentlichen auf die sensiblen Bereiche des Grundwassereinzugsgebietes ("Bayerischer Weg") und damit auf ein Mindestmaß zu beschränken. Im Bericht der Expertenkommission Wasserversorgung in Bayern wird dies infrage gestellt. Der Klimawandel und der Rückgang der Grundwasserneubildung erfordern einen deutlich besseren Schutz des als Trinkwasser genutzten Grundwassers.

Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat zum Beschluss des Landtags "Wasserknappheit begegnen – auch zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft" (Drs. 18/29578) unter anderem folgendes berichtet:

"Das Thema Wassersicherheit hat in Bayern oberste Priorität. Auch in Zukunft soll in Bayern jederzeit und überall das wertvollste Lebensmittel in bester Qualität und in ausreichender Menge verfügbar sein. Insbesondere die öffentliche Wasserversorgung soll dazu weiter gestärkt werden. Mit der umfassenden Gesamtstrategie "Wasserzukunft

Bayern 2050" arbeitet der Freistaat daran, u. a. die Wasserversorgung überall im Freistaat dauerhaft auf höchstem Niveau sicherzustellen.

Auch wenn noch nicht alle Zahlen und Untersuchungen im Detail vorliegen, kann man bereits jetzt davon ausgehen, dass das Wasserversorgungs- und Wasserbewirtschaftungssystem noch nicht vollständig gegen die zu erwartenden Klimafolgen oder Ausfälle wesentlicher Anlagen(teile) abgesichert ist. Die nötigen Gegenmaßnahmen im sog. "Schnittmengen" – Bereich sollten sofort ergriffen werden. Weitere Maßnahmen schließen sich dann mit dem fortschreitenden Erkenntnisstand an. Hierfür sind ausreichend Mittel und Personal notwendig. Die Wichtigkeit und Dringlichkeit von Wasserschutzgebieten (WSG) wird durch die Expertenkommission "Wasserversorgung in Bayern" bestätigt. Hier wird auch auf die Notwendigkeit administrativer Veränderungen (z. B. die Teilverlagerung von Verordnungsverfahren an die Regierungen) hingewiesen.

Das rechtliche Instrumentarium für eine zügige Verfahrensführung ist grundsätzlich gegeben, dieses muss zudem rechtsstaatlichen Grundsätzen genügen. Verzögerungen können sich im Einzelfall durch konträre Interessenslagen vor Ort ergeben.

Die Herausforderungen im Umgang mit den Folgen des Klimawandels im Bereich Wasser sind enorm und der Bedarf an Ressourcen in der Wasserwirtschaftsverwaltung entsprechend groß. Die Strategie "Wasserzukunft Bayern 2050" stellt sich diesen Herausforderungen. Es wird jedoch zunehmend deutlich, dass dazu die vorhandenen Stellen und Mittel nicht ausreichen. Eine erste Schätzung im Jahr 2022 hat ergeben, dass jährlich bis zu rd. 560 Mio. Euro und etwa 500 Stellen allein im Bereich der Wasserwirtschaft erforderlich sind. Es ist davon auszugehen, dass auch in weiteren Verwaltungsbereichen im Umgang mit den Folgen des Klimawandels im Bereich Wasser ein erhöhter Ressourcenbedarf besteht. Die geschätzten Kosten sind jedoch – in Relation zu den prognostizierten Folgekosten des Klimawandels in Bayern vergleichsweise gering."

Mit einer Expertinnen- und Expertenanhörung soll geklärt werden, wie diese massiven Aufgaben bei der Umstrukturierung der Trinkwassersicherheit bewältigt werden können und welche rechtlichen und administrativen Vorgaben nötig sind, um diese Prozesse zu beschleunigen und effektiv zu gestalten.



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

07.12.2023 Drucksache 19/224

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/58

Anhörung zur Zukunft des "Bayerischen Weges" im Trinkwasserschutz

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Patrick Friedl Mitberichterstatter: Volker Bauer

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 02. Sitzung am 7. Dezember 2023 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Alexander Flierl

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

30.01.2024 Drucksache 19/332

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/58, 19/224

Anhörung zur Zukunft des "Bayerischen Weges" im Trinkwasserschutz

Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz führt eine öffentliche Expertinnenund Expertenanhörung zum Thema Zukunft des "Bayerischen Weges" im Trinkwasserschutz durch.

Gegenstand der Anhörung ist eine Auseinandersetzung des Landtags mit dem Bericht des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz "Wasserknappheit begegnen – auch zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft" (zum Beschluss auf Drs. 18/29578). Darin wird aufgrund des Klimawandels für die Strategie Wasserzukunft Bayern 2050 eine erhebliche Steigerung der personellen und finanziellen Ressourcen angemahnt.

Dabei soll der Schwerpunkt auf den Trinkwasserschutz gelegt werden und insbesondere die Fragen des konsequenten Schutzes der Wasserqualität, der Beschleunigung und Erweiterung von Wasserschutzgebieten (samt der Verbesserung der rechtlichen Absicherung und administrativer Veränderungen bei der Ausweisung von Wasserschutzgebieten), die Sicherheit von Trinkwasserversorgungen, Beschränkungen von Nutzungen bei knappen Trinkwasserressourcen, die Kosten und die Umsetzbarkeit neuer Fernwasserleitungen sowie die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen gelegt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es einzelne Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. August 2023 (Vf. 3-VII-23) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 3 Abs. 3 Satz 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBI. S. 264, BayRS 2024-1-I), das zuletzt durch § 12 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBI. S. 385) geändert worden ist

PII-G1310.23 - 0005 Drs. 19/312 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist zulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. Dezember 2023 (Vf. 7-VII-23) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 6 Abs. 5, Art. 7 Abs. 4 Sätze 3 und 4 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (BayDschG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2242-1-WK) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2023 (GVBI. S. 251) geändert worden ist

PII-G1310.23 - 0009 Drs. 19/313 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist zulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Januar 2024 (Vf. 1-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 24 Abs. 1 Nr. 2 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBI. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S), der zuletzt durch Art. 2 des Vertrages vom 14. Dezember 2021 (GVBI. 2022 S. 313, 396) geändert worden ist

PII- 3001-2-1 Drs. 19/314 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist zulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. AfD Leistung muss sich wieder lohnen: Steuerliche Belastung von Überstunden senken! Drs. 19/13, 19/259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp AfD Kinder schützen, regionale Lebensmittelversorgung stärken: Werbeverbot für global agierende Fast-Food-Ketten umsetzen Drs. 19/21, 19/273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier AfD Tourismuszuschlag für in Notlage geratene Skiliftbetreiber Drs. 19/22, 19/251 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Oskar Lipp u.a. AfD Kartoffel- und Zuckerrübenernte schützen: Ernteschädlinge eindämmen! Drs. 19/23, 19/252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier AfD Förderung der Kombinations-Anbindehaltung Drs. 19/26, 19/253 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schutzkonzept für Orte jüdischen Lebens und Blaulichteinsatzkräfte in der Silvesternacht Drs. 19/27, 19/226 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Folgen der Inflation für Verbraucher abmildern – Umsatzsteuer in der Gastronomie dauerhaft senken! Drs. 19/37, 19/266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

zur 9. Vollsitzung am 30. Januar 2024

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD) Sprach-Kitas in Bayern – Landesprogramm zukunftsfähig ausgestalten Drs. 19/38, 19/257 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE Wähler	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zum Wechsel der Zuständigkeiten für die Bereiche Jagd und Staatsforsten vom Landwirtschaftsministerium ins Wirtschaftsministerium Drs. 19/39, 19/258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Arif Taşdelen u.a. SPD IT-Probleme bei der Halbierung der Ersatzfreiheitsstrafe – Weil die Staatsregierung sich mit einer Software schwertut, müssen Menschen länger im Gefängnis bleiben Drs. 19/41, 19/260 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z		Z

zur 9. Vollsitzung am 30. Januar 2024

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Versprechen halten: Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft auf 7 Prozent

Drs. 19/57, 19/267 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Zukunft des "Bayerischen Weges" im Trinkwasserschutz Drs. 19/58, 19/224 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib u.a. SPD Anhörung zum Verbraucherschutz am Energiemarkt Drs. 19/59, 19/225 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	A	Z	Z

zur 9. Vollsitzung am 30. Januar 2024

 Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wiederherstellung der Natur: Für eine praxistaugliche Umsetzung! Drs. 19/74, 19/277 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	ENTH	A